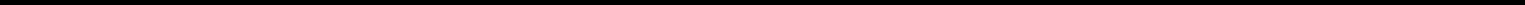


- a) Tabakblätter, unearbeitet: Abfälle von unearbeiteten Tabakblättern:
 - 1. für Zigarren und Zigaretten 140 Marf;
 - 2. für Rauch-, Kau- und Schnupftabak 100 Marf;
- b) Tabakfängen 100 Marf;
- c) Tabakfengel und Tabakrippen 85 Marf;
- d) Zigaretten 1600 Marf;
- e) Zigarren 400 Marf;
- f) Feingefchnittener Tabak 700 Marf;
- g) Rauchtak und Schnupftak 300 Marf;

10



Besonders vorteilhafte

Baumwollwaren-Posten.

1849

Reinwollene Musseline

vorjährige Dessins

Serie I
früherer Preis
85 $\frac{1}{2}$ bis 1.00
Meter 45 $\frac{1}{2}$

Serie II
früherer Preis
1.00 bis 1.35
Meter 68 $\frac{1}{2}$

Serie III
früherer Preis
1.15 bis 1.75
Meter 85 $\frac{1}{2}$

Reste in Waschstoffen

Serie I

Organdys,
Baumwoll-Musseline,
prima Kattune,
früherer Preis bis 1.00

jeder Meter

25 $\frac{1}{2}$

Serie II

Reinw. Musseline
und ganz feine
Kleider-Kattune
früherer Preis bis 1.75

jeder Meter

50 $\frac{1}{2}$

Schürzendruck 120 cm breit . . . 57 $\frac{1}{2}$

Gloria Doppel-Schürzendruck,
la. Fabrikat 80 cm breit . 48 $\frac{1}{2}$

Gloria do. do. 120 cm breit . 75 $\frac{1}{2}$

Gloria do. do. 140 cm breit . 87 $\frac{1}{2}$

Schürzensiamosen bestes westf. Fa-
brikat, 140 cm br. 78 $\frac{1}{2}$

Feinsiamosen für Schürzen, aparte Neu-
heiten . . . 110

Nemdentuche eigene Ausrüst., schwere
Ware . . . 36 $\frac{1}{2}$

Flockpique etwas fleckig, schwere Qualität 48 $\frac{1}{2}$

Handtuchgebild schwere halbl. Gerst-
kornware . . . 36 $\frac{1}{2}$

Handtuchgebild Bielefelder Fabrikat
60 cm breit 68 $\frac{1}{2}$

Trockentücher rotweiss kariert
45 breit, 55 lang St. 10 $\frac{1}{2}$

Trockentücher la. Panama 1/2 Dtz. 95 $\frac{1}{2}$

Trockentücher la. Gerstkorn 1/2 Dtz. 125

Trockentücher halbl., extra gross 1/2 Dtz. 195

Dowlasbettücher gesäumt 150/210 . 165

Halbl. Bettücher gesäumt . . . 195

Ungebl. Barchent la. Qualität
Meter 29 $\frac{1}{2}$

Ungebl. Barchent extra schwere
Ware . . . 45 $\frac{1}{2}$

Rohnessel ohne Appretur, 70 cm breit . 19 $\frac{1}{2}$

Bettuchnessel 160 cm breit . . . 48 $\frac{1}{2}$

Bettkattun frische rosa Muster . . . 25 $\frac{1}{2}$

Bettkattun Hausmacher . . . 36 $\frac{1}{2}$

Bettkattun Satin Augusta . . . 48 $\frac{1}{2}$

Bettlamast rot, 80 cm breit . . . 39 $\frac{1}{2}$

Enorme Posten

Englische Batist-Taschentücher

weiss mit farbigem Rand

1/2 Dutzend 95 $\frac{1}{2}$

Ca. 300 Dutzend

feine weisse Linon-Taschentücher

und weisse karierte Atlas-Taschentücher

1/2 Dutzend 100

S. Alsberg & Cie.

Stadttheater.

Heute, abends 8 Uhr:

Zum letzten Male!

Die fremde Frau.

La femme X.

Dienstag, den 30. März 1909,

abends 7 1/2 Uhr:

Benefiz für den 1. Charakter-Komiker

Adolf Seherling.

Doktor Klaus.

Mittwoch, 31. März: Gastspiel Robert

Kotke. Volkslieder zur Laute.

Donnerstag, den 4. April:

Schluss der Schauspiel-Saison.

Freitag, den 11. April:

Beginn der Opern-Saison.

Consum-Verein für Oerlinghausen und Umgegend

1847 (E. G. m. b. H.)

Aktiva. Bilanz am 31. Dezember 1908. Passiva.

An Kassa-Konto . . . 1502,58

„ Anteil bei der Gref-
einführungsgesellschaft in
Hamburg . . . 294,35

„ Inventar-Konto . . . 699,30

„ Warenlager-Konto . . . 9745,86

„ Grundstück-Konto . . . 4053,15

„ Bank-Konto G. E. G. . . 1500,00

„ Debitoren-Konto . . . 181,00

„ Mark 17976,24

Mitgliederzahl zu Beginn des Geschäftsjahres . . . 186

Eingetretene im Geschäftsjahre . . . 40

226

Ausgeschieden sind durch Aufkündigung . . . 4

„ „ „ Weizg. 4

„ „ „ Tod 2

10

Mitgliederzahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 216

Die Mitgliederzahl haben vermehrt sich um . . . 490,60 Mark

Die Summen vermehrt sich um . . . 680 00

Dieses betragen am 31. Dezember 1908 . . . 4520,00

Der Vorstand.

Wils. Kronshage. Alb. Beder.

Kug. Blome.

Für den Aufsichtsrat.

Adolf Duvendiek.

Verdingung.

Die Lieferung von 1300 cbm Packlagesteinen zum Aus-
bau der Werrestraße hier selbst soll vergeben werden. Angebots-
formulare sind auf dem Stadtbauamtssekretariat zu haben.
Die Öffnung der Angebote, welche verschlossen und mit kenn-
zeichnender Aufschrift versehen einzureichen sind, findet am
Freitag, den 2. April 1909, mittags 12 Uhr, im Dienst-
zimmer des Unterzeichneten, im Beisein der etwa erschienenen
Bieter, statt.

Sersford, den 18. März 1909.

Der Stadtbaumeister. Kallmeyer.

Durch die Buchhandlung „Volkswacht“, Bielefeld,
ist zu beziehen:

Die natürliche Heilweise

von
Dr. C. Sturm.

Mit vielen Abbildungen und erklärenden
Tafeln sowie zerlegbaren Modellen des
männlichen und weiblichen Körpers.

1588 Seiten. — Preis 3 Mk.

Seeben ist erschienen und in der Buchhandlung „Volkswacht“,
Bielefeld, Schulstraße 20, zu haben:

Auf Messias Trümmern

Bericht eines Augenzeugen.

Preis 1 Mark. Von Paul Dachne. Porto 10 Pfg.

Unsere Sangesbrüder

Fritz Budde nebst Gemahlin

zu ihrer heutigen

1848

silbernen Hochzeit

die herzlichsten Glückwünsche!

Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit“, Brackwede.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Verwaltung Bielefeld.

Am Sonnabend starb nach langem, schwerem Leiden

unser treues Mitglied, der Schlosser

Max Remme

im Alter von 34 Jahren.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr,

von der Leichenhalle des Johannisfriedhofs aus statt, und er-
suchen wir um zahlreiche Beteiligung. Die Ortsverwaltung.

Trauer- Hüte

in größter

Auswahl

zu billigsten

Preisen

F. Kleinemeyer
Bielefeld, Schenkenberg

Grabdenkmäler,

Grabeinfassungen, in allen

Preislagen, am billigsten bei

Wilhelm Ott,

Engersche Strasse 1 1845

und Herforderstrassen-Ecke.

Trauerbriefe mit Konverts

liefert Buchdruckerei „Volkswacht“.

Notizbücher

in allen Größen

— gutes Papier —

zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht“.

Brackwede.

Hüte und Mützen

nur letzte Neuheiten,

kaufen Sie gut und billig

bei

M. Thomas,

Osningstrasse 6.

Konfirmantenhüte

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Billig. Billig.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 74.

Bielefeld, Montag, 29. März 1909.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

235. Sitzung vom Sonnabend, 27. März, nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Tirpitz.

Stat für das Schutzgebiet Kiautschou.

Abg. Raden (Str.): Die Marineverwaltung hat mit dem bewilligten Geldern in Kiautschou Großes geschaffen. Das muß man zugeben, aber das Reich ist nicht in der Lage, jährlich 9 bis 10 Millionen Mark für dieses Schutzgebiet auszugeben. Für das Postwesen allein werden 300 000 Mark dort auszugeben, erheblich mehr, als England für Weihweil ausgibt. Der deutsche Handel ist in Kiautschou noch sehr gering. Wir haben einen sehr schönen Hafen, aber leider zur Einfahrt für nichtdeutsche Erzeugnisse. (Beifall im Str.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Die Entwicklung des Schutzgebietes ist rascher gewesen, als die Marineverwaltung erwartete. Verschwendung kann man der Marineverwaltung nicht vorwerfen. Sie hält im Schutzgebiet 2500 Mann, braucht dafür 6 Millionen, während in Südwafrika für die gleiche Truppenzahl über 16 Millionen gefordert werden.

Abg. Eichhoff (Str.): Die wirtschaftliche Depression hat sich natürlich auch im Schutzgebiet Kiautschou bemerkbar gemacht. Es ist aber schon wieder eine Besserung des Wirtschaftslebens zu sehen. Der Etat ist, das muß man zugeben, spärlicher ausgefallen als früher. Wir hoffen, Tjingtau wird sich zu einem Zentrum deutscher Kultur entwickeln. Den Titel, der zur Errichtung einer höheren Lehranstalt für chinesische Schüler in Tjingtau die Mittel fordert, begrüßen wir mit Genugtuung. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Ledebour (Soz.): In den Hymnen des Herrn Vorredners können wir nicht einstimmen. Wir halten die Festsetzung in Kiautschou nach wie vor für ein verheißenes Unternehmen. Der Hafenbau in Tjingtau an sich mag etwas Nützliches sein, aber ob er den deutschen Steuerzahlern Nutzen bringt, das ist zu bezweifeln. Der Handel Kiautschous wie Deutschlands ist sehr gering. Die gesamte deutsche Ausfuhr im Jahre 1907 nach Kiautschou betrug 3,6 Millionen, wovon wir einen Reichszuschuß von 11 Millionen bezahlten, der jetzt noch 8 1/2 Millionen betragen soll. Für die Ausfuhr nach China kommt es gar nicht in Betracht, welche Platte in Kiautschou weht. Die Chinesen kaufen deutsche Waren nicht, weil an irgendeinem Punkt ihrer Küste die schwarz-weiß-rote Platte weht, sondern sie kaufen sie, wenn sie billiger sind als die Waren anderer Länder. (Zustimmung bei den Soz.)

Als Kiautschou mit wenig achtbaren Mitteln erworben wurde (Sehr wahr! bei den Soz.), sprach der Reichstanzler das Wort: Wir wollen auch einen Platz an der Sonne haben. Nach dem russisch-japanischen Kriege aber bildet sich kein Mensch mehr ein — selbst nicht der Abg. Eichhoff (Seiterkeit) —, daß wir mit Gewalt eine Vorherrschaft des deutschen Handels errichten können. Natürlich lassen sich die Chinesen ganz gern einen Hafen von uns bauen. Im Frieden können wir auch eine Flottenstation dort haben, in einem Seegebiet wäre es aber in drei Tagen alle damit. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn die Herren jetzt auf ihre Kulturstatuen hinweisen, z. B. auf eine Statue für Chinesen, so machen sie aus der Not eine Tugend. Es ist zu klar, daß man auf diese Weise nur bestrebt ist, den Schein zu erwecken, als wolle man eine kulturelle Mission erfüllen. (Zustimmung bei den Soz.) Wenn wir 8 1/2 Millionen für kulturelle Zwecke ausgeben wollen, so können wir sie sehr gut in Deutschland ausgeben. (Sehr wahr! bei den Soz.) und brauchen wirklich keine Fahrdrückpresse für ehrende Postträger zu errichten. (Seiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Das einzig Richtige wäre, Tjingtau so schnell wie möglich anzugehen. Wer heute noch vorzuschlagen wollte, einen chinesischen Hafen zu bauen, dürfte ziemlich allgemein als Verschwenker von Reichsmitteln angesehen werden. Ich will nur hoffen, daß die Stimmungen nicht ausschlaggebend sind, die ein gewisser Herr von großem Einfluß auf die Reichsregierung in verschiedenen Aussprüchen zum Ausdruck brachte, wie z. B. „Wo der deutsche Vorkriegs-Krallen eingeschlagen hat, da läßt er seinen Rest nie und nimmer los.“

Es ist kein Zeichen von Schwäche, wenn ein Staat Positionen aufgibt, deren Unhaltbarkeit er erkannt hat. Nur die patientierten Patrioten können gegenüber einer solchen Aufgabe

getern. Je eher wir Kiautschou loschlagen, desto besser. (Widerstand rechts.) Ah, Herr v. Derpben, im Grunde ist man ja auch bei Ihnen derselben Meinung. Man spricht sie bloß nicht aus. Tjingtau im Falle eines ernsthaften Krieges halten zu wollen, wäre doch geradezu Torheit. (Beifall bei den Soz.) Die Chinesen gehen mit dem Plane um, Weihweil von den Engländern zurückzukaufen. Bei der Geistesverfassung, die in unserer Regierung herrscht, wird hierdurch vielleicht der Verkauf von Kiautschou angeregt werden können. (Seiterkeit bei den Soz.) Unsere Kolonialpolitik lebt ja von der Nachahmung. Vielleicht sagt sich die deutsche Regierung: Das können wir auch. (Seiterkeit.) Vielleicht hätte das Reich dann endlich einmal einen Vorteil von unserer Kolonialpolitik. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Es hat noch niemals jemand daran gedacht, in Kiautschou eine deutsche Vorherrschaft zu errichten, weder eine wirtschaftliche, noch eine politische. Wir haben vielmehr immer das Prinzip der offenen Tür vertreten.

Abg. Dr. Goerke (natl.): Wir müssen mit Kiautschou Geduld haben. Man kann nicht erwarten, daß es in Tjingtau aufzugehen, dazu liegt keine Veranlassung vor. Bei dem wirtschaftlichen Aufschwung Chinas wäre es eine Torheit, unseren dortigen Stützpunkt zu verlassen.

Abg. Gothein (Str.): Ueber den Vorschlag Ledebours, Kiautschou an China zu verkaufen, namentlich wenn England vorangeht, läßt sich reden. Dann sollte sich aber gerade Herr Ledebour hüten, das Schutzgebiet so herunterzureißen. Was man verkaufen will, macht man nicht schlecht. (Seiterkeit.) Kaufmännisch war das nicht von ihm gehandelt. (Zustimmung bei den Freis.) Viel Freude erleben wir ja an Kiautschou nicht und die Forderungen bewilligen wir immer nur mit dem bekannten blutenden Herzen. Die Forderung für die Lehranstalt wird von einem Teil meiner Freunde gebilligt. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. Deckner (Str.): Herr Ledebour sollte über die Ehre Deutschlands keine Witze reißen. Da wichtige Kulturaufgaben unter der Finanznot nicht leiden dürfen, wird ein Teil meiner Freunde den Schlußlagen und der Forderung zustimmen. (Beifall bei den Freis.)

Abg. Ledebour (Soz.): Für die deutsche Ehre trete ich mit derlei Entschiedenheit ein, wie Herr Deckner oder irgend ein anderer. Es ist aber eine falsche Auffassung des Begriffes Ehre, wenn man sagt, Deutschlands Ehre verlange, Kiautschou oder Tjingtau zu halten. Ich habe keine Witze gemacht über die Ehre Deutschlands, sondern nur dagegen protestiert, daß die deutsche Ehre von der Behauptung dieser Schutzgebiete abhängig sei. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Herr Gothein bemerkt, daß das Schutzgebiet an sich nicht schlecht gemacht habe. Ich habe nicht von dem Schutzgebiet als Handelsobjekt gesprochen, sondern von der eminent politischen Frage, die für uns mit diesem Reich verknüpft ist. Vom Standpunkte des Politikers müssen wir den deutlichen Vollen sagen, wie die Dinge liegen und daß es dem Wohle Deutschlands dient, sobald als möglich aus Kiautschou herauszukommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Herr Ledebour mit seinen Freunden stehen bezüglich der Aufgabe Kiautschous hoffentlich allein.

Abg. Eichhoff (Str.): Mit Herrn Ledebour will ich nicht über die Ehre Deutschlands polemisieren. Seine Ansichten sind Überreibungen, ich halte an meinen Ansichten fest.

Damit schließt die Diskussion. Persönlich bemerkt Abg. Ledebour (Soz.): Herr Eichhoff will mit mir nicht polemisieren. Er zapft mich lieber persönlich an. Das ist stets die Art der Leute, die sachlich nichts zu erwidern haben. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Der Titel wird bewilligt. Der Rest des Etats wird debattelos erledigt. Titel 8 der einmaligen Ausgaben (die höhere Schule in Tjingtau) wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt. Der Etat für die Schutzgebiete wird debattelos genehmigt. Ebenso der Etat für die asiatische Expedition.

Es folgt die dritte Lesung des Automobilgesetzes. Abg. v. Derpben (Soz.) verwehrt sich und seine Fraktion gegen den Vorwurf, die Interessen der von Automobilen Verletzten oder Geschädigten nicht genügend wahrzunehmen.

Abg. Stadthagen (Soz.): Wir haben angesichts der Geschäftslage des Hauses von der Wiederholung unserer Ab-

änderungsanträge Abstand genommen, obwohl sie eine außerordentliche Verbesserung sind. Man ist uns in bezug auf die Zwangsversicherungsgesellschaft ja auch entgegengekommen. Allerdings nur in Form einer Resolution.

Leider hat man weder die Schadenersatzpflicht in gebührendem Umfang festgelegt, noch hat man durch Bestimmungen über die Arbeitszeit der Chauffeure die schlimmste Gefahrenquelle verstopft. Aber auch jetzt schon können nach der Gewerbeordnung Schutzvorschriften für die Chauffeure erlassen werden. Der Bundesrat ist verpflichtet, für die Verkehrssicherheit Vorkehrungen zu treffen.

Trotz des Bestehensbleibens der §§ 2 und 6 bedeutet das Gesetz ein Stückchen mehr Recht. Wir werden zeigen, daß wir auch für einen kleinen Fortschritt dankbar sind und dem Gesetz zustimmen. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Die Regierung steht der Zwangsversicherung durchaus sympathisch gegenüber. Sie wird nach Verabschiedung des Gesetzes das einschlägige Material sammeln.

Das Gesetz wird, nachdem die gemeldeten Redner auf Wort verzichtet haben, einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung: Montag, 12 Uhr. (Etat des Reichskanzlers und des auswärtigen Amtes.)

Schluß: 6 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom Sonnabend, 27. März, vorm. 11 Uhr.

Am Ministeriell: Beisler.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe kleinerer Vorlagen in dritter Lesung wird der Gesetzentwurf über die Haftung des Staates und anderer Verbände für Amtspflichtverletzungen von Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt nach kurzer Debatte in dritter Beratung gemäß den Beschlüssen zweiter Lesung angenommen, unter Zustimmung eines von dem Abg. Biered (freisinnl.) beantragten neuen Paragraphen, nach welchem das Gesetz vom 1. Oktober 1909 in Kraft tritt, und Annahme einer Resolution Biered, die Regierung zu erlöchen, Einrichtungen zu vermitteln, durch welche den Gemeinden und Schulverbänden die Versicherung gegen ihre Haftung für Amtspflichtverletzungen für Beamten bei Ausübung der öffentlichen Gewalt und den allein haftenden Gemeindebeamten die Versicherung gegen ihre Haftpflicht erleichtert wird. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs, betreffend die Erhöhung des Kapitals der Zentralgenossenschaftskasse.

Abg. Meyen (Soz.): Die Mehrzahl meiner Freunde wird der Vorlage zustimmen. Freilich sind wir der Meinung, daß die Zentralgenossenschaftskasse eigentlich weit höhere Mittel erhalten sollte, um mitzuwirken bei der Frage der Entschuldung des ländlichen Besitzes und der Versorgung der Landwirtschaft mit Elektrizität.

Abg. Dr. Sahbender (Str.) warnt davor, die Genossenschaften mit zu weitgehenden Aufgaben zu belasten, wie der Beschaffung von elektrischer Kraft für die Landwirtschaft. Die Betriebsgenossenschaften sollten zu Nachbarn zusammen geschlossen werden, die auch die Revision übernehmen. In die Spitze der Betriebsgenossenschaft gehört ein tüchtiger Sachmann. Vor allem darf den Genossenschaften die kaufmännische Grundlage nicht fehlen.

Abg. Dr. Gahel (natl.) erkennt die segensreiche Wirksamkeit der Zentralgenossenschaftskasse auf das gesamte Genossenschaftswesen an. In bezug auf die Beteiligung der Genossenschaften an der Entschuldungsaktion wären seine Freunde geheimer Meinung.

Abg. Dr. Crüger (Str.) wendet sich dagegen, daß die Genossenschaften in den Dienst der Entschuldungsaktion gestellt werden sollen. Man solle den Genossenschaften nicht die Lösung ungelöster Probleme zumuten. Die Erhöhung des Kapitals der Zentralgenossenschaftskasse ist ein weiterer Vorstoß gegen die Selbstverwaltung der Genossenschaften. Es ist der Kasse nicht gelungen, die Aufgabe zu erfüllen, daß sie sich zum Ziele gesetzt hatte, nämlich die Beschaffung eines besonders billigen Zinsfußes. Redner kritisierte des weiteren die Aufstellung der Bilanz der Preussenkasse. Die Liquidität sei nicht gesichert, wenn ein Drittel des Betriebskapitals aus Bankkrediten bestünde. Das System, nach dem die Preussenkasse arbeite, muß

legen, laute gleichfalls billig ein und verkaufte wiederum teuer. Als die Preise wieder ins Weichen gerieten und Swift seine Armeen verpänderte, um mit dem dafür erhaltenen Gelde den Markt zu füllen, laute er ebenfalls und begann abermals zu verkaufen, als sie mit ihrem Gelde zu Ende waren, dann wurde ein Schwab auf ihn abgegeben. Seine Mutter hielt jedoch auch nachher zu seiner Rahnne und setzten die Verkäufe fort. Weizen ging auf fünfundsiebzig herunter — die Liefer-Swift-Alliance machte einen ähnlichen Bankrott — und Winston Howard ist seine zehn Millionen Dollar los, wie es, der Erzählung seines Freundes Robert Didington zufolge, vom vornherein seine Absicht gewesen war.

„Sücht interessant.“ entgegnete der andere Arzt, der den wahren Zusammenhang der Dinge aber noch nicht ergriff hatte.

Winston Howard öffnete seine Augen. Es war ihm zumute, als ob Menschenalter vergangen seien, während er bewußtlos im Bette lag.

„Ich befinde mich in einem Hospital.“ sagte er und blickte verwundert um sich. „Wunderbar, glaubte nicht, daß ich mit dem Leben davonkommen würde.“ Er versuchte sich aufzurichten, wobei ihm die Seite empfindlich schmerzte.

Die Krankenschwester warnte mit erhobenem Finger. „Sie dürfen noch nicht sprechen, Mr. Howard.“ sagte sie.

„Darf ich nicht? Nun, dann will ich schweigen. Aber erzählen Sie mir doch, wie lange ich hier schon liege?“

„Zwei Tage“, entgegnete die Schwester.

„Zwei Tage“, flüchelte er. „Bitte, bringen Sie mir die Zeitungen. Ich muß sie lesen.“

„Sie dürfen nicht, es ist streng verboten“, antwortete die Schwester.

„Aber blies ich Sieger, bin ich Sieger geblieben? So sprechen Sie doch“, bat er dringend.

„Gedulden Sie sich nur noch bis morgen, dann werden Sie alles erfahren und vielleicht sogar Besuche empfangen dürfen.“

Vor dem Eingang zum Hospital war ein neues Bulletin angeschlagen:

„Howards Zustand hat sich bedeutend gebessert. Er ist wieder bei Bewußtsein und jede Gefahr gilt als beseitigt.“

Aus der Menge stieg ein stürmisches Durra auf und fand langsam der ganzen Straße und überall in Chicago, wo man es hörte, lauten Widerhall.

„Was bedeutet dieser Lärm?“ fragte Howard.

„Sie bringen doch nur vor Freude darüber aus, daß sich Ihr Befinden gebessert hat, Mr. Howard“, antwortete die Schwester. „Winstons Gesicht strahlte.“

„Ich habe also gewonnen“, sagte er. „Das genügt mir. Ich will nun nicht mehr sprechen.“

Der nächste Tag brachte ihm einen Brief von Grace. Die

Ernte.

Sozialer Roman aus Amerika von C. Dewitt.

(Nachdruck verboten.)

16 Weizen zu hundertzehn. Ein Mann, ohne Hut, mit wilderzauftem Haar, dessen Augen Rot und Rache sprühten, dem Kragen und Krawatte im Gedränge zerfetzt worden waren, bahnte sich einen Weg durch die Menge in der Richtung auf Winston Howard.

„Verlange zwanzigtausend zu hundert!“ rief er von Dobson. Da — ein scharfer Knall und ein heißes etwas drang in Winstons Brust. Erstaunt blickte er um sich und griff mit der Hand nach dem Herzen. Als er sie zurückzog, war sie mit Blut bedeckt.

„Ich glaube, jemand hat auf mich geschossen“, antwortete er schwach auf die Frage, was ihm hegegnet sei. „Man hat auf Howard geschossen!“ Howard ist ermordet! — tönte es mit einem Male von den verschiedensten Seiten. „Geschicht ihm recht, er hat's verdient!“ „Dahinter steht Lejter!“ lauteten die Kommentare.

Sich mit Gewalt aufrecht haltend und mit der Hand einen Pfosten umklammernd, erteilte Winston Howard seine letzten Befehle.

„Verkaufen Sie jedes Büschel, das mir gehört, Dobson — verkaufen Sie jedes Büschel — der Teufel soll Sie holen, Dobson, wenn Sie es nicht tun — vergessen Sie nicht, daß ich die Lejter-Swift-Alliance zerbrechen will, bis die Banditen im Staube liegen und sich nicht mehr rühren können. Verkaufen Sie jedes Büschel, sage ich — und geben Sie bis auf fünfundsiebzig Centis herunter. — Das wird dem Gelichter den Garaus bereiten.“

Es schien sich um ihn alles wie im Kreise zu drehen, er sah rotes Licht vor seinen Augen und lautlos brach er zusammen.

„Howard ist tot! Howard ist tot! Ein „Bulle“ hat ihn erschossen!“ Es ist eine Lüge!

Aber niemand schenkte seinen Versicherungen Vertrauen.

„Wer ist Howard?“ fragten die Besucher der Galerie einer den anderen. „Es heißt, er sei erschossen worden.“

Ein verrückter Sozialist — und obendrein ein Millionär. Haben Sie nie von dem Grundeigentumsbändler Howard gehört, der den ganzen Boulevard sein eigen nannte? Der junge Mann da unten ist sein Sohn, Winston Howard.“

Grace Wilson blickte ungläubig zu dem Manne auf, der soeben gesprochen hatte. „Sie nannten den Namen Winston Howard“, fragte sie ätzend. „Meinen Sie etwa den Herrn in dem grauen Gehrock mit der roten Nelke im Knopfloch?“

„Wen anders sollte ich meinen? Ja, das ist er“, versetzte der Gefragte und fügte gleichgültig und verlegend hinzu: „Es war ein recht netter, junger Mann, nicht wahr, Miß? Nur schade, daß sie ihn totgeschossen haben!“

„Ich glaube nicht, daß er tot ist“, sagte Grace langsam und ergriß ihres Vaters Hand. „Und du glaubst es auch nicht, Vater, nicht wahr? O, sage mir doch, daß du es nicht glaubst. Komm mit mir, Vater.“

Ihr Vater fing den ohnmächtig Gewordenen in seinen Armen auf.

„Es scheint, als ob das Fräulein den jungen Howard gekannt hätte“, bemerkte ein Junge des Vorfalls hinter ihnen. „O Lord! Hören Sie doch nur den Spießel da unten. Hat man schon je ähnliches vernommen!“

Weizen zu hundert. Dobson und seine Gefährten verkauften weiter.

Aus dem Chaos kamen ein Arzt und zwei Krankenwärter hervor, die den starken Körper Howards auf einer Tragbahre trugen. Hinter ihnen schritt ein hämmender Polizist, der einen wild gebärdenden Mann ohne Hut, Kragen und Krawatte am Arme mit sich schleppte.

„Lejter sagte dort“, schrie der Mann. „Lejter sagte —“ „Wir wollen nicht wissen, was Lejter sagte“, bemerkte der Polizist. „Schweigen Sie und kommen Sie mit!“

Weizen zu achtundneunzig.

9. Der Sieger.

„Sehen Sie die Menge da unten?“ sprach ein Hospitalarzt. „Seit zwei Tagen schon erfüllt sie die Straße und will nicht weichen. Man möchte fast glauben, daß der Verlekte der Präsident der Vereinigten Staaten sei, auf den ein Attentat ausgeführt wurde.“

„Aber, was will die Menge nur? Was ist geschehen? Und Winston Howard? Was ist mit ihm?“

„Er ist unser Patient. Wir geben jede Stunde ein Bulletin aus und Sie sollten die Kurras hören, wenn es günstig lautet!“

„Aber, erzählen Sie mir bitte doch, was passiert ist?“ Der Arzt, der diese Frage ausbrachte, war jedoch von Canada zurückgekehrt, wogin er einen Ausflug im Canal unternommen hatte, und wußte noch nichts von dem großen Weizenkrach.

„Ich verheißte zwar nicht viel von Börsengeschäften, doch steht dies eine fest, daß der junge Howard zehn Millionen Dollar erpökte, um den Weizenring zu sprengen. Diese Spekulationen — Lejter, Swift und Konjorten — hatte den Weizenpreis zu Beginn der Ausaat auf den niedrigsten Stand getrieben und dann Aktienabschlüsse gemacht. Nachdem sie fast die ganze Ernte aufkauft hatten, trieben sie den Preis in die Höhe, bis er hundertfünfzig erreichte. Durch ihre Operation ruinieren sie, wie Howard erklärt, sowohl die Produzenten wie die Konsumenten, welche letzteren sie das Brot verteuerten und verkleinerten. Er nahm sich darum vor, ihnen das Handwerk zu

bedeutend geändert werden. Das Genossenschaftswesen ist in seinem Kern gesund und sollte nicht durch verfehlte Maßnahmen in falsche Bahnen gedrängt werden.

Abg. Kretz (son.) verteidigt die Bilanz der Zentralgenossenschaft sowie die Heranziehung der Genossenschaften zur Entscheidungssache.

Präsident der preussischen Zentralgenossenschaft Dr. Seiffert ist sehr polemisiert gegen den Abg. Kretz. Die Zentralgenossenschaft habe sich durchaus bewährt. Sollte die Preussische nicht richtig disponiert, so hätte sie nicht solche Erfolge aufzuweisen können.

Abg. Busch (Str.) betont, daß der christliche Gedanke stets der Kern des Genossenschaftswesens bleiben müsse. Die Förderung des ländlichen Genossenschaftswesens ist besonders wichtig im Interesse der Selbstversorgung der Landarbeiter. Wir nehmen das Gute, wo wir es finden, unter Umständen auch von dem Abg. Kretz. (Abg. Kretz: Das ist ja ein neuer Witz!) Der Block ist noch lange nicht lapid, das sind nur Scheinmänner! Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Das Gesetz wird unverändert angenommen; ebenso nach kurzer Debatte der Etat der Preussischen Zentralgenossenschaft.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. (Etat der direkten und indirekten Steuern, der Zölle, der Lotterieverwaltung, des Finanzministeriums.)
Schluß 5 Uhr.

Die Gewerkschaften in der Krise.

Mit Ingrimm sehen die Scharmacher, wie die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterchaft an Ausdehnung und Macht gewinnen. Das Recht des Zusammenstoßes, das die Unternehmer für sich im weitesten Umfange in Anspruch nehmen und das besonders die in Wohlstand befindlichen, gereinigten Großindustriellen zu einer bis zur Unerschwinglichkeit gesteigerten Ausbeutung des deutschen Volkes ausnützen, — das ist das, was diese Unternehmer den Arbeitern verweigern. Doch die Arbeiterchaft hat sich widerstandsfähiger gezeigt, als das Unternehmertum und die mit ihm verbündete Regierung glaubten. Buchdruckers, Erpressungsprozesse, Maßregelungen und alle anderen Drangsalierungen, in denen Polizei, Justiz und Unternehmertum einander überboten, vermochten die Arbeiterchaft nicht der Organisationspflicht abspenstig zu machen. Da kam dem Unternehmertum und seinen Helfershelfern die

wirtschaftliche Krise gelegen; es wurde neuerdings ein regelrechter Feldzug organisiert, um den vermeintlich durch Hunger müde gewordenen Arbeitern besonders die gewerkschaftliche Betätigung zu verleiden. Die Unternehmer gründeten

gelbe Vertreterorganisationen; die Kriegervereine und die sich national schimpfende Presse, von der konservativen bis zur freisinnigen herab, wandte im politischen Kampf das Mittel der Verleumdung an, indem sie systematisch die Lüge folpertierten, daß die hohen Gewerkschaftsbeträge von den „Führern“ in die Tasche gesteckt würden. Wie aber die preussische Regierung sich in diesen Zeiten benimmt, zeigen die giftigen Reden des Finanzministers v. Rheinbaben über Arbeitergewerkschaften usw. und die mit den Ergebnissen der amtlichen Statistik im trafen Widerspruch stehenden Äußerungen des Handelsministers Delbrück über den Niedergang der Arbeitsleistungen.

Doch die Hoffnung der Scharmacher, daß die Arbeiterchaft, die heiseren Versprechungen, daß die Gewerkschaften unter den Ansprüchen, die die Arbeitslosigkeit an sie stellte, zusammenbrechen würden, wurde nicht erfüllt. Die Gewerkschaften bewährten sich glänzend. Auf unsere Anfrage haben wir von einer Anzahl Organisationen über einen Teil ihrer Wirksamkeit im Jahre 1908 Auskunft erhalten. Die nachstehenden Mitteilungen lassen erkennen, mit welcher Aufopferung diese Gewerkschaften dem Willen der wirtschaftlichen Krise entgegengetreten sind. Wir registrieren die Leistungen im einzelnen:

Bildhauer.
Arbeitslosenunterstützung wurde gezahlt am Orte 87 136 Mark, auf der Reise 4902 Mark, dazu Notfallunterstützung an bereits ausgesteuerte Mitglieder 292 Mark. Insgesamt 95 030 Mark gegen 86 619 Mark im Jahre 1907. Der Verband zählte 1908 4187 Mitglieder.

Buchbinder.
Die Verbandskasse zahlte 1908 an Arbeitslosenunterstützung 130 339 Mark für 121 309 Tage; aus lokalen Mitteln wurden noch als Zuschüsse 19 733,20 Mark gezahlt, so daß die Gesamtsumme der 1908 gezahlten Arbeitslosenunterstützung 150 072,62 Mark beträgt. Im Jahre 1907 zahlte der Verband insgesamt 96 655 Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl stellte sich 1907 auf 21 200.

Buchdrucker.
An Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden 1908 gezahlt 714 283,25 Mk. für 707 927 Tage; an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 177 932,90 Mark für 153 295 Tage. Insgesamt mithin 892 216,15 Mark für 861 222 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 544 723 Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl betrug 1907 52 364.

Zigarrenfabrikanten.
Insgesamt zahlte der Verband 1908 51 437,65 Mark an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung. Im Jahre 1907 stellte sich diese Summe auf 31 638 Mark. Die Mitgliederzahl war 1908 2990.

Fabrikarbeiter.
An Arbeitslosenunterstützung am Orte wurden gezahlt für 326 843 Tage 351 603 Mark, an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 25 965 Mark für 25 432 Tage. Insgesamt mithin 377 568 Mark für 352 275 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 558 073 Mark. Die Mitgliederzahl stellte sich 1907 auf 134 233.

Glaszer.
Es wurden gezahlt 1908 an Arbeitslosenunterstützung am Ort 50 239 Mark für 37 391 Tage, an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 6690,50 Mark für 5336 Tage. Insgesamt 56 929,50 Mark für 42 727 Tage. Im Jahre 1907 zahlte die Glaszer noch keine Arbeitslosenunterstützung. Der Verein zählte 1908 4260 Mitglieder.

Holzarbeiter.
Der Verband zahlte 1908 aus der Zentralkasse rund 940 000 Mark Arbeitslosenunterstützung am Ort für 680 000 Tage; es kommt hinzu die Unterstützung aus den Zentralkassen in Höhe von rund 750 000 Mark. Ferner wurde gezahlt an Arbeitslosenunterstützung auf der Reise rund 160 000 Mark, insgesamt also 1 850 000 Mark. Im Jahre 1907 zahlte der Verband 866 995 Mark.

Merke erlaubt ihr noch nicht den Zutritt zu ihm, gestatteten aber die Beförderung des Briefes.
„Ich werde jeden Tag hierherkommen, bis ich Sie sprechen kann. Ich habe alles gegeben. Meine Feder vermag nicht in Worte zu fassen, was ich von Ihnen denke. Winston! Winston! Was ist mir das Leben, solange ich Sie nicht wiedersehe.“

Am nächsten Tage durfte sie zu ihm. Die Krankenpflegerin erlaubte mit verständnisvollem Lächeln fünf Minuten für die Zusammenkunft und verließ das Zimmer.

„Grace! Grace!“ riefte er und streckte ihr seine Hände entgegen. Sie ergriß sie zärtlich, beugte sich über ihn und küßte ihn auf die Stirn.

„Mein Held! Mein Held!“ sprach sie innig. „Ich würde sterben, wenn du mich nicht liebst! Liebst du mich, Winston?“ „Geliebte!“ Seine abgemagerten Hände liebkosten ihre goldenen Locken. „Geliebte! Auf dem Tische liegt eine kleine Ausgabe von Omar Khayyam. Lerne sie.“

Sie nahm den Band, schloß ihn auf Geratewohl auf und fand zwischen seinen Seiten eine verwelkte gelbe Blüte.

— Ende —

Mark Arbeitslosenunterstützung. Die Mitgliederzahl war 1907 149 501.

Hutmacher usw.
An Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden 1908 gezahlt rund 89 000 Mark für 57 000 Tage, an Reiseunterstützung 2240 Mark für 2800 Tage; insgesamt also rund 91 240 Mark für 59 800 Tage. Im Jahre 1907 zahlte der Verein 52 084 Mark Unterstützung. Der Verein zählte 1908 etwa 7000 Mitglieder.

Lithographen.
Der Verband zahlte 1908 Arbeitslosenunterstützung am Ort 178 537 Mark für 128 038 Tage, Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 25 928 Mark. Insgesamt 204 465 Mark. Im Jahre 1907 wurden gezahlt 131 765 Mark. Der Verein zählte 16 250 Mitglieder.

Metallarbeiter.
Genauere Zahlen liegen noch nicht vor. Insgesamt sind im Jahre 1908 nach ungefähre Schätzung 3 050 000 Mark an Arbeitslosenunterstützung gezahlt worden; daneben eine sehr beträchtliche, aber noch nicht zu präzisierende Summe an Kranken- und Krankenunterstützung. Im Jahre 1907 zahlte der Verband an Arbeitslosen- und Krankenunterstützung insgesamt 3 168 031 Mark. Die Mitgliederzahl war 1907 355 386.

Stahler.
An Arbeitslosenunterstützung am Ort wurden 1908 gezahlt 20 518,30 Mark für 32 104 Tage, Arbeitslosenunterstützung auf der Reise 6450,20 Mark; insgesamt also 35 968,50 Mark. Dazu kommen noch 26 084,05 Mark Krankenunterstützung. Alles in allem hat der Verband 1908 rund 12 600 Mark mehr Unterstützung gezahlt als im Jahre vorher. Die Mitgliederzahl betrug 1908 6839.

Steinleger.
An Arbeitslosenunterstützung wurden 1908 gezahlt insgesamt 11 337 Mark gegen 3515 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl war 1907 10 403.

Zimmerer.
Insgesamt zahlte der Verband 1908 475 630,75 Mark Arbeitslosenunterstützung für 425 786 1/2 Tage. Im Jahre 1907 wurden 244 164 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Der Verband zählte 1907 54 395 Mitglieder.

Im ganzen haben die hier genannten 13 Organisationen im Jahre 1908

7 341 895 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt gegen 5 801 008 Mark im Jahre 1907.

Diese Zahlen können, wie wir ausdrücklich betonen, auf absolute Genauigkeit zum Teil keinen Anspruch machen; sie werden vervollständigt werden durch die erst in einigen Monaten erscheinende Gewerkschaftsstatistik. Aber diese Vervollständigung kann nur eine Steigerung, keineswegs eine Minderung der hier zusammengestellten Leistungen zum Ausdruck bringen.

Mittels in allem läßt sich auf Grund der hier veröffentlichten Mitteilungen aber schon heute die gar nicht hoch genug einzuschätzende Tatsache konstatieren, daß die Gewerkschaften die Feuerprobe der fürchterlichen Wirtschaftskrise glänzend bestehen werden. Sie brechen nicht zusammen unter ihren Lasten, sie werden den hohen Ansprüchen des Tages durchaus gerecht, sie erfüllen an jedem, der auf Arbeitslosenunterstützung usw. Anspruch hat, die laugensamste Leistung.

Aber mit dieser Vollerfüllung ist durchaus nicht die ganze sozialpolitische Bedeutung der Gewerkschaften zum Ausdruck gebracht. In früheren Zeiten der Krise war es das selbstverständliche Ding von der Welt, daß der Arbeiter durch

Lohnherabsetzungen
und Arbeitsverlängerungen bis zum äußersten gedrückt wurde. Staat und Privatunternehmer wetteiferten hierin miteinander. Am 26. Januar 1875 rief der preussische Finanzminister v. Camphausen den Unternehmern öffentlich im Reichstags, wohlfeiler zu produzieren, also die Anforderungen an die Arbeiter zu steigern, ihnen die Löhne aber zu erniedrigen. Der Fortschrittsmann Eugen Richter dankte als ein verbissener Arbeiterdemagoge dem Minister, daß er den Mut gefunden hatte, eine so „unpopuläre Wahrheit“ öffentlich auszusprechen. Wenn derartige Reaktionen sich neuerdings nicht in dem Maße wiederholt haben, als es früher ganz und gar war, so ist das einzig dem Arbeiterorganisationen zu danken. Die Furcht vor der Widerstandskraft der Organisationen, der Respekt vor deren öffentlichen Einfluß hielt die Unternehmer davon ab, sich an die Arbeiter heranzusetzen, ihnen die Löhne zu erniedrigen. Der Nutzen und der Staat und Gemeinde von den Unterstützungsleistungen haben, ist gleichfalls nicht gering anzuschlagen; die Bedeutung der Gewerkschaften in dieser Hinsicht wollen wir aber nur erwähnen, um den

antiformalen Geist
und die Kulturfeindschaft jener „Staatsmänner“ zu kennzeichnen, die die Gewerkschaftsbewegung mit echt reichsverbändlicher Hochachtung verfolgen. Für uns kommt als wesentlich nur in Betracht der Einbruch, den die Leistungsfähigkeit der freien Gewerkschaften auf die großen Scharen der Arbeiter ausüben wird, die in Verleumdung der Pflicht, die sie gegen sich und ihre Familie wie an der Gesamtheit erfüllen sollten, der Organisation bis jetzt noch ferngeblieben sind. Auch diesem leider nur zu beträchtlichen Teil der Arbeiterchaft wird der Wert des Zusammenstehens bald einleuchten. Erst wenn diese Schichten des Proletariats die Pflichten der Solidarität erfüllen, kann die Bedeutung der Organisation sich im vollen Umfange geltend machen. Erst dann wird aller Welt einleuchten, daß nicht jene

Sozialreform
den Arbeiter vorwärts bringt, die etabliert ist in der schmutzigen Nebenabsticht, den Arbeiter der Sozialdemokratie akzeptiert zu machen. Erst dann wird der infame

Wohlfahrtschaukel
habgieriger Unternehmer in seiner ganzen Schabigheit auch dem rückfälligen Arbeiter klar werden. Erst dann erkennen auch die heute noch indifferenten Schichten des Proletariats, daß die

Befreiung der Arbeiterklasse
nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

Parteinachrichten.

Reichstagskandidatur. In der Generalversammlung ihres Kreises stellten die Barmen-Elberfelder Genossen letzten Montag den Genossen Fritz Gebert (Mitglied des Parteivorstandes) als Reichstagskandidaten auf. Gebert wurde mit allen Stimmen — gegen eine — nominiert.

Karl Marx-Sträße. Der Stadtrat der Brüsseler Vorstadt Anderlecht beschloß, der bisherigen Rue de la Dolditude, einer der wichtigsten Verkehrsadern von Anderlecht, den Namen „Rue Karl Marx“ zu geben. Karl Marx hat bekanntlich drei Jahre seines Lebens (1845 bis 1848) als Flüchtling in der belgischen Hauptstadt zugebracht.

Ueber die Einheitsbestrebungen der holländischen sozialdemokratischen Parteien schreibt man dem „Vorwärts“ aus Amsterdam, 23. März: Die Unterhandlungen, welche Genosse Huysmans im Auftrage des Internationalen Bureaus zur Wiedervereinigung der beiden Parteien führt, haben bis jetzt nur ein negatives Resultat ergeben, ohne daß sie indes als abgebrochen angesehen werden können. Namens der S. D. A. P. (der alten Partei) legte Huysmans der S. D. P. (der neuen Partei) eine Resolution vor, welche die Beschlüsse des Deventer Parteitag, sofortige Aufhebung der „Tribüne“ insbesondere an erster Stelle hervorhebt. Als Gegenentwurf sollte der Oster-Parteitag der S. D. A. P. einen der drei „Tribüne“-Redakteure in die Redaktion des neuen Wochenblattes von „Het Volk“ ernennen, jedoch auf der Grundlage der Parteirevolutionen und der Erklärungen, wie sie auf dem Deventer Parteitag — auch in betreff des Verhältnisses zur „Volk“-Redaktion — abgegeben und in einer Versammlung des Parteivorstandes der S. D. A. P. vom 25. März dieses Jahres bestätigt worden waren. Diese näheren Erklärungen beziehen sich auf ein Schreiben der Wochenblatt-Redakteure Frau Roland-Solst und Wibaut, die gegenüber einem

nach dem Deventer Parteitag im „Het Volk“ erschienen und von der „Volk“-Redaktion nicht beäuglichten Artikel Troelstra ihre Auffassung betreffs Inhalt dessen Wochenblattes und dessen Mitarbeiter hatten geglaubt festlegen zu müssen. In einem Begleiterscheiben zur vorgeschlagenen Resolution „An die Mitglieder der S. D. P.“ verhielt sich Genosse Huysmans wie folgt: „Es ist dahin, daß auch die übrigen Redakteure der „Tribüne“ und Genosse van der Gies als Mitarbeiter des neuen Wochenblattes auftreten sollten, dessen Redaktion volle Selbstständigkeit zur Führung der marxistischen Propaganda, zur Vespredung der Tagespolitik, zur Behandlung und selbst Bekämpfung des Revisionismus habe. Der Parteivorstand der S. D. P. erklärte in einem Antwortscheiben an Huysmans die Resolution für unannehmbar, da in ihr als notwendige Grundlage zu einer Verschmelzung der beiden Parteien fehlten: 1. Vereinigung auf dem Fuße der Gleichheit; 2. ausdrückliche Anerkennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung; 3. Aufhebung der Deventer Beschlüsse b und c (die Forderung der Aufhebung der „Tribüne“ und Ausschluß ihrer Redakteure). Ein eigens zur Beratung der vorgeschlagenen Resolution auf Sonntag zusammenberufener Kongreß der S. D. P. hatte als Resultat die Annahme einer Resolution der Abteilung Rotterdam und zwar mit 257 gegen 127 Stimmen bei 14 Enthaltungen. Diese geht in Erwägung, daß beide Parteien ausdrücklich und öffentlich den Wunsch zur Verschmelzung ausgesprochen; daß mit solcher Aussprache feststehe, daß die S. D. A. P. mit der Annahme der Punkte b und c zu Deventer einen Irrtum beging; daß die „Tribüne“ nie das Programm der S. D. A. P. verließ, sondern im Gegenteil dieses stets richtig propagierte und also die drei Merkmale einer guten Sozialdemokratie nie aus einer sozialdemokratischen Partei hätten ausgeschlossen werden dürfen; daß die Freiheit der Meinungsäußerung und der Kritik unverfügt und unbehindert gehandhabt werden müsse; daß die Kritik über prinzipielle Meinungsäußerungen und hiermit übereinstimmenden Taten leitender Organe oder Vertrauenspersonen nie die persönliche Ehre von Personen antaste. Zum Schluß spricht die Resolution den Wunsch aus, daß in Holland eine sozialdemokratische Partei bestehe, ermächtigt den Parteivorstand zum Zwecke der Einheit zur Aufhebung der S. D. P., sobald 1. von der S. D. A. P. durch Urabstimmung die Aufhebung des Ausschlußbeschlusses der drei „Tribüne“-Redakteure beschlossen worden ist; 2. von der S. D. A. P. in einer deutlich verfaßten Resolution die Freiheit jedes ihrer Mitglieder oder einer Gruppe von Mitgliedern anerkannt wird, öffentlich, in jeder Form, schriftlich und mündlich, die im Programm niedergelegten Prinzipien zu verteidigen und Kritik zu üben, und sie trägt endlich dem Parteivorstande auf, die Unterhandlungen mit dem Internationalen Bureau nur dann fortzusetzen, wenn dieses bereit ist, solche Vorschläge zu formulieren und der S. D. A. P. anzubieten, die mit den Forderungen dieser Resolution übereinstimmen, um eine wirkliche, auf reellen Grundlagen basierte Fusion beider Parteien im Interesse der internationalen Sozialdemokratie ermöglichen zu können. Des weiteren beschloß der Kongreß, die Propaganda der neuen Partei unverweilt in Angriff zu nehmen.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein „freisinniger“ Fabrikant, Reichstagsabgeordneter und Fabrikant und schwarze Listen! Der Arbeitgeberverband zu Elmshorn richtete an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben:

Elmshorn, 20. März 1909.

An unsere Mitglieder!
In der Elmshorner Zeitungsfabrik C. u. E. Carstens drohen die Arbeiter wegen Lohnherabsetzungen mit einem Streik. Wir senden daher vorstehende Namensliste der Arbeiter und bitten vorkommendenfalls Ihre Maßnahmen zu treffen.

Geschäftsverwalter
Der Arbeitgeberverband Elmshorn.
Es folgen die Namen der in der Fabrik beschäftigten 215 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Ferien für Gewerkschaftsangehörige. Die „Münd. Post“ berichtet kürzlich aus einer Sitzung des Münchener Gewerkschaftsvereins (Gewerkschaftsstatistik): Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Urlaub der Angestellten des Gewerkschaftsvereins, referierte Delegierter Solbner (Buchdrucker). Die Angestelltenmission habe folgende Skala vorgeschlagen: Bei einer Dienstzeit von 1–3 Jahren 14 Tage, von 3–5 Jahren 2 Wochen und nach 5 Jahren Dienstzeit 28 Tage Urlaub. Der Ausschuß des Gewerkschaftsvereins hat diesen Vorschlag verworfen und beschloß, jedem Angestellten vier Wochen Urlaub zu gewähren. Nach unvollständiger Diskussion wurde dem Ausschusse mit großer Mehrheit zugestimmt, so daß die Angestellten des Gewerkschaftsvereins Anspruch auf einen jährlich vierwöchigen Urlaub haben.

Schramm u. Schupp, Maschinellei in Langenwiesen in Thüringen. Auf sein Angebot erhielt ein Arbeiter folgendes Schreiben von der Firma:

„Wir kommen höchstlich zurück auf Ihre werte Offerte vom 4. cr. und sind geneigt, Sie eventuell bei uns in Arbeit treten zu lassen, und erhalten Sie bei uns eine gute dauernde Arbeiter-Stelle bestimmt zugesichert; vorausgesetzt, Sie müssen unbedingt unorganisiert sein und natürlich auch auf polierte Kanten und kurze Kaffeten auf eingearbeitet sein.“

Wir stellen von nun an nur lauter unorganisierte Leute ein und entfernen allmählich die Verbändler, welche meistens hiesig und aus den umliegenden Dörfern sind.

Teilen Sie uns mit, welchen Lohn Sie wünschen und wann Sie antreten könnten!

Schramm u. Schupp sind offenbar Gemütskranke. In ihrem Bestreben, nur unbedingt unorganisierte zu beschäftigen, dürfen sie sich noch sehr an unpolierte Kanten stoßen.

Die Tarifverflechtungen in der rheinischen Holzindustrie, die kürzlich vom Unternehmerverband angebrochen wurden, sollen jetzt beginnen. Vor kurzem hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Rheinland und Westfalen den Beschluß gefaßt, falls zum 1. April kein Tarif zustande kommt, in allen Betrieben eine Lohnreduktion stattfinden zu lassen. Der Arbeitgeberverband für die Holzindustrie, der dem Verband für das Baugewerbe angegeschlossen ist, hat nun diesen Beschluß bereits in die Wirklichkeit umgesetzt, und zwar dürfte der Anfang in Solingen gemacht worden sein. In der Baugewerkschaft Robert Kirchner in der Bollershöhe ist seit einigen Tagen ein neuer Tarif angehängt, der eine Verlängerung der Arbeitszeit von 9 1/2 auf 10 Stunden und eine fünfprozentige Lohnreduktion vorsieht. Der Tarif soll am 1. April in Kraft treten, falls bis dahin kein anderer nach dem Gewerkschaftsverband abgehandelt ist. Die Holzarbeiter werden sich inzwischen mit dem Scharfmacherbrot näher beschäftigen und den Unternehmern zeigen, daß sie auch zur Zeit der Krise ihren Mann zu stehen wissen.

Bei der Firma „Deutsche Gesslitz-Gei. m. b. H.“ in Essen ist es wegen Tarifstreitigkeiten zum Streik der Stützteure und Spitzer gekommen. Die Firma „Deutsche Gesslitz-Gei. m. b. H.“ verurteilt an Stelle der zwischen den Verbänden abgehandelten Tarife solche mit um ein Drittel verminderten Bedingungen bei ihren Arbeitern durchzuführen. Im Streik stehen 79 Mann, davon 17 in Düsseldorf, die übrigen in Essen.

Den ausländischen Arbeitern der Farbwerke zu Mülheim a. M. wurde von der Fabrikleitung die Kündigung angedroht. An Stelle der Streikenden sind laut „Sauerländer Anzeiger“ bereits andere Arbeiter eingestellt worden.

Der Streik der Berliner Kostümschneider und Schneiderrinnen hat am Donnerstag mit Wut eingeheißt. Bis 10 Uhr früh hatten sich schon 788 Streikende gemeldet. Die Arbeiterinnen bilden die Mehrheit der Streikenden, wie ja überhaupt in der Kostümbbranche mehr weibliche als männliche Arbeitskräfte

beschäftigt werden. 39
Verstärkten haben, w
laufe des Tages sam
hinzu. Die Zahl der
1000 gestiegen.

Die Mannheimer
Masse in den Ausst
haben, auf die Forderung
gehen.

In Wernigerode
Arbeiterinnen un
gezeiten. Es handelt si
getreten.

Der Textilarbeiter
& Co. in Gräfrath bei
am Freitag, 26. März,
Streik hat 5 Wochen
verzeichnet. Der Er
Führung lag gemein
lichen Textilarbeiter

Die Celtritz-M
hof bei Maderom
auf die obigen schon
auf die Oben der Ge
liehen. Von der Ge
basiert vom 23. dies
Wir haben unsem
gefindigt, können daher
und zwar:

6 Schlosser für W
10 Maschinen- und
10 Dreher für Klein
bänke, darunter 2
2 Mann.

8 Arbeiter für W
12 Malchierer u
Stanzerei und
für die Motoren
15 Wälder
10 Hilfsarbeiter
für Maschinen
2 Mann.

1 Modellfischer
4 Mechaniker für
toren, Schalta
1 Fernrohr
2 Mann für Ber
Mit geringen Aus
Afford auszuführen, so
Geschicklichkeit leicht ist
schon zu erzielen.

Reservanten bitten
bäntnisse aufmerksam zu
der Entlassung bisher
Bewerber sollen die
Definitive Umwandlung
Die Leute für Wäld
dem nächsten Tage na

Man beachte die W
den: zwölf Wienig die
arbeiter! Das macht
720 Mark in der Woch
schlosser, Dreher, will
die Woche ergäbe das
Die Schichtlöhne und de
den wohl nur in der V
Wirklichkeit wird wohl
Stundenlöhne das Vorn
sprechen die Unternehm
beiter; ist das kein Ze
den Arbeitern, wie er i
Ausdruck kommt? Zug

Generalauflösung
sichem Textilindustrie
Jahrs bei der Firm
belaun ausländische Arb
der ausgenommen haben
tern in Reichenbach, Lan
Der Ausschuß des V
(C. V.) hatte bereits in
die Fortsetzung des von
unberechtigt (?) erlä
vorgenommene Brückung
im Laufe der Verhandlung
Grenze dessen darstellte
wenn ne konkurrenzfähig
Etwas anderes war t
erwarten; trotzdem w
eher von ihren Forderung
verstanden hat, ihnen E

Der Streik der Nach
Annahme eines verbess
ac. Neue fremde
achmerman eröffnen sic
Tunnelbau der Böhmer
französische Gesellschaft
italienische Arbeiter aus
zu inprachsvoll und n
Zeit anner. Aber auch
Bedürfnislosigkeit mit d
und so kamen die fransö
sie suchten in der Türkei
teilt wird, haben sie dar
vor einigen Tagen am
der Türkei angekommen.

* Wiesfeld, 27. Mä
Landgerichtsrat, Godel,
Staatsanwalt Gadow, u
gerichtsperiode bildete
Lotto Steinpaß von Her
brechen. Zu Aniana De
dem hiesigen Schwurger
Berndt, dessen Ehre, u
Schreiber Otto Steinpa
fünftägiger Verhandlung
Innsbrucker und W
verurteilt. Willy Stein
zum Konkursverfahren
Otto wegen Beihilfe zur
sängnis bestraft wurde.
Steinpaß und Otto Ste
gerichtet hatte die Revisi
begünstigt des Otto Stei
in der Prozeßakte das
es den Otto Steinpaß
wiesen. Die heutige Be
die Schuld oder Nichtsch
renen bielten ihn wiebe
verurteilte ihn auch wie
jedoch auf diese Strafe
Ludwigskraft in Unrech

erschienenen und
Artikel Trochtras
blattes und dessen
lassen. In einem
von „An die Mi-
mans“ eine seiner
er „Tribüne“ und
nen Bodentafel
selbständig zur
Besprechung der
Luftheizung des Me-
D. V. erklärte in
oation für unan-
ge zu einer Ver-
einigung auf 1 m
einung des Rechts
der Leventer B.
der „Tribüne“
zur Verlegung der
benutzer einer Re-
ahme einer Re-
it 257 gegen 127
in Erwägung des
Bund zur Ver-
ache festliche, das
alle b. und c. zu
ribüne“ nie das
rn im Gegenteil
ei altere a 3
otratik n Partei
freiheit der Wei-
unbehindert ge-
gründliche Wei-
den Taten leiten-
persönliche Ebre
Resolution den
otratik Partei
der Einheit
er S. D. V. B.
Luftheizung der
ist: 2. von der
tion der Freiheit
Mitgliedern an-
und mündlich,
u veründen und
teivorstände auf,
en Bureau nur
Vorschläge zu for-
milität mit den For-
me eine wirkliche,
er Parteien im
ermöglichen zu
Propaganda der

erschäftigt werden. 39 Geschäfte, von denen einzelne 2, 3, auch
Werkstätten haben, waren schon vom Streik betroffen, und im
Laufe des Tages kamen noch weitere Arbeitsniederlegungen
hinzu. Die Zahl der Streikenden ist jedenfalls schon auf über
1000 gestiegen.

Die Mannheimer Schornsteine treiben mit Ablauf dieser
Woche in den USA, nachdem die Meister es abgelehnt
haben, auf die Forderung einer 15-20proz. Lohnerhöhung einzu-
gehen.

In Bernerode sind sämtliche Tabakarbeiter und
Arbeiterinnen wegen Lohnunterschieden in den Ausland
geraten. Es handelt sich um 75 Arbeiter.

Der Textilarbeiterstreik in der Aktien-Weberei H. Schwab
& Co. in Grätz bei Gries ist beendet. Die Arbeiter haben
am Freitag, 26. März, geschlossen die Arbeit aufgenommen. Der
Streik hat 5 Wochen gedauert; es war kein Streikbrecher zu
verzeichnen. Der Erfolg des Streikes ist ein guter. Die
Führung lag gemeinsam in Händen des deutschen und des schwei-
zerischen Textilarbeiterverbandes.

Die Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft „Titan“ in Berge-
hof bei Radevormwald hat sämtlichen Arbeitern (100)
geündigt, weil dieselben sich einen Abzug von 20 bis 40 Prozent auf
die ohnehin schon sehr niedrigen Löhne nicht gefallen
ließen. Von der Gesellschaft wird nun folgendes Schreiben,
datiert vom 23. dieses Monats, verschickt:

Wir haben unsern gesamten Arbeiterpersonal zum 1. April
geündigt, können daher eine größere Anzahl Arbeiter anstellen,
und zwar:

	Stundenlohn
6 Schloffer für Maschinenmontagen zu	25 bis 50 Pfg.
10 Maschinen- und gewöhnliche Schloffer zu	25 „ 40 „
10 Dreher für kleinere und mittlere Dreh- bänke, darunter 1 für Karussellbänke,	
2 für Giessbänke,	
1 für Präzisions- und Stoßmaschine und	
8 Arbeiter für Werkzeugmacheri	30 „ 45 „
12 Halbschloffer und Hilfsarbeiter für	25 „ 45 „
Stanzerei und Schwarzarbeit	12 „ 30 „
Für die Motorenwicklei:	
15 Wälder	25 „ 40 „
10 Hilfsarbeiter	12 „ 30 „
Für Maschinen spachteln und ladieren:	
2 Mann	25 „ 35 „

1 Modellstichter 40 „
4 Mechaniker für Büstenhalter, Koll-
toren, Schalltisch- und Ankerbau 35 „ 45 „
1 Bernidler 40 „
2 Mann für Verpackungarbeiten 30 „ 35 „
Mit geringen Ausnahmen sind beinahe alle Arbeiter in
Afford auszuführen, so daß es dem Arbeiter durch Fleiß und
Geschicklichkeit leicht ist, 20 bis 30 Prozent Stundenlohnüber-
schuß zu erzielen.

Reisenden bitten wir auf örtliche, außerordentliche Ver-
hältnisse aufmerksam zu machen, eventuell auch auf den Umstand
der Entlassung bisher gebähter Arbeiter.

Bewerber sollen Vehr- und übrige Zeugnisse einreichen.
Definitive Abmachung würde durch uns erfolgen.

Die Leute für Maschinen spachteln und ladieren sollten mit
dem nächsten Tage nach der Abmachung bereits eintreten.

Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft „Titan“

Man beachte die Löhne, die bei dieser Firma gezahlt wer-
den: zwölf Pfennig die Stunde für „Halbschloffer“ und Hilfs-
arbeiter! Das macht selbst bei zehnstündiger Arbeitszeit ganze
720 Mark in der Woche aus; für gelehrte Arbeiter, Montage-
schloffer, Dreher, will sie 25 Pfennig in der Stunde zahlen, auf
die Woche ergäbe das, bei zehnstündiger Arbeitszeit, 15 Mark!
Die Höchstlöhne und der „Überfluß“ bei Affordarbeiten wer-
den wohl nur in der Ankündigung der Direktion bestehen, in
Wirklichkeit wird wohl die untere Grenze der verprochenen
Stundenlöhne das Normale bei der Firma „Titan“ sein. Sonst
sprechen die Unternehmer gern vom Terrorismus der Ar-
beiter; ist das kein Terrorismus der Unternehmer gegenüber
den Arbeitern, wie er in dem Schreiben dieser Gesellschaft zum
Ausdruck kommt? Zugut ist selbstverständlich zu vermeiden.

Generalversammlung beschloß: Der Verband der schlei-
schen Textilindustriellen laßt folgenden Beschluß:

Falls bei der Firma „Schleifische Wundweber“ in Langen-
bielau ausländische Arbeiter nicht bis Freitag die Arbeit wie-
der aufgenommen haben, wird allen organisierten Textilarbeit-
ern in Reichenbach, Langenbielau und Peterswaldau gekündigt.

Der Ausschuß des Verbandes schlesischer Textilindustrieller
(E. V.) hatte bereits in seiner Sitzung vom 22. dieses Monats
die Fortsetzung des von den Arbeitern begonnenen Streiks für
unberechtigt (?) erklärt. Die durch die Verbandskommission
vorgenommene Prüfung habe ergeben, daß die von der Firma
im Laufe der Verhandlungen zugehenden Lohnsätze die äußerste
Grenze darstellen, was von Seiten der Unternehmung,
wenn sie konkurrenzfähig bleiben sollte, gewährt werden könne.

Etwas anderes war von den Schornsteinen natürlich nicht zu
erwarten; trotzdem werden aber die streikenden Arbeiter nicht
eher von ihren Forderungen abgehen, bis sich die Firma dazu
verstanden hat, ihnen Entgegenkommen zu zeigen.

Der Streik der Nachtsticker in Dresden ist endlich durch
Annahme eines verbesserten Tarifvertrages erledigt.

ac. Neue fremde Auskünfte für das europäische Unter-
nehmertum eröffnen sich durch die Erschließung der Türkei. Am
Tunelbau der Vörschbergbahn (Schweiz) deren Ausführung eine
französische Gesellschaft übernommen hatte, wurden zunächst
italienische Arbeiter aus Norditalien eingestellt. Diese wurden
zu unpraktisch und man löste sie ab durch Galatzen und
Sizilianer. Aber auch diese Leute konnten trotz ihrer großen
Bedürfnislosigkeit mit den geringen Löhnen nicht auskommen,
und so kamen die französischen Unternehmer auf eine neue Idee.
Sie suchten in der Türkei. Wie der Berner „Tagwacht“ mit-
teilt, haben sie damit schon Erfolg gehabt, es sind bereits
vor einigen Tagen am Vörschberg ungefähr 50 Arbeiter aus
der Türkei angekommen. Weitere Transporte sollen folgen.

Gesellschaftliches.

* Wiesbaden, 27. März. Schwurgericht. Vorsitzender:
Landgerichtsrat Godel, Vertreter der Staatsanwaltschaft:
Staatsanwalt Gadow. — Den Schluß der diesjährigen Schwur-
gerichtsperiode bildete die Verhandlung gegen den Schreiber
Otto Steinbach von Herford wegen Beihilfe zum Konkursver-
brechen. Am 1. Dezember vorigen Jahres hatten sich vor
dem hiesigen Schwurgericht bei Agent Johann Steinbach von
Herford, dessen Sohn, der Kaufmann Willy Steinbach und der
Schreiber Otto Steinbach von Herford zu verantworten. Nach
fünftägiger Verhandlung wurde der alte Steinbach wegen Kon-
kursverbrechens und Weisens zu mehreren Jahren Zuchthaus
verurteilt. Willy Steinbach wurde von der Anklage der Beihilfe
zum Konkursverbrechen freigesprochen, während sein Bruder
Otto wegen Beihilfe zum Konkursverbrechen mit 1 Jahre Ge-
fängnis bestraft wurde. Gegen dieses Urteil hatten der Vater
Steinbach und Otto Steinbach Revision eingelegt. Das Reichs-
gericht hatte die Revision des Steinbach sen. verworfen, aber
bezüglich des Otto Steinbach wegen eines formalen Mangels
in der Fragestellung das Urteil aufzuheben und die Sache, soweit
es den Otto Steinbach angeht, an die Vorinstanz zurückzu-
verweisen. Die heutige Beweisnahme beschränkte sich nur auf
die Schuld oder Nichtschuld des Otto Steinbach. Die Beweis-
nahmen hielten ihn wiederum für schuldig und der Gerichtshof
verurteilte ihn auch wieder zu 1 Jahr Gefängnis, brachte ihm
jedoch auf die Strafe 2 Monate von der erlassenen Unter-
suchungshaft in Anrechnung.

* Wiesbaden, 27. März. Straßammer. Der Fabrik-
arbeiter Gustav Wolf von Herden war von der hiesigen Stra-
ßammer wegen gefährlicher Körperverletzung mit 9 Monaten
Gefängnis bestraft worden, wegen er beim Reichsgericht das
Rechtsmittel der Revision eingelegt hatte. Es handelt sich um
eine Kauferei, die der Angeklagte am 15. Dezember d. J. im
Hellingstrüß mit anderen Burichen inszeniert haben soll und
wobei der Burich John Heinrich Schürmann und der Arbeiter
Winkel in gefährlicher Weise mißhandelt worden sind. Das
Reichsgericht hatte das Urteil, soweit es den Wolf anbelangt,
aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen.
Auch die heutige Verhandlung ergab die Schuld des Angeklagten,
jedoch fiel die Sache infolgedessen zu seinen Gunsten aus, als er nur
zu einer Strafe von 6 Monaten verurteilt wurde.

Der Wächter der hiesigen Wad- und Schließgesellschaft
Conradi von hier war zum Wächter bei dem hier anwesenden
Zirkus bestellt worden. Als ein bei der Straßereinigung an-
gestellter Arbeiter den Zirkusplatz überschreiten wollte, was ihm
der Angeklagte unterlag, kam es zu einem Renfentre zwischen
beiden, wobei der Angeklagte seinen Säbel zog und den Arbeiter
in gefährlicher Weise damit bearbeitete. Er erhielt für diesen
Uebereifer 5 Monate Gefängnis aufgebürdet.

Aus der Nachbarschaft.

* Detmold, 26. März. Lippischer Landtag. Die letzte
Sitzung des Landtags brachte, wie wir schon kurz berichtet haben,
die Entscheidung über die zurzeit in finanzieller Hinsicht wich-
tigste Frage. Für den Neubau eines Regierungs-
gebäudes hatte die Regierung schon vor einigen Jahren
größere Summen gefordert, aber der Landtag war damals nicht
darauf eingegangen, weil ihm die Befriedigung anderer Bedürf-
nisse näher zu liegen schienen. Jetzt war die grundsätzliche Ge-
nehmigung zur Bewilligung größer, doch konnte man sich in der
Finanzkommission nicht dazu verstehen, die Regierungsvorlage
bedingungslos anzunehmen, weil das bei den Finanzverhältnissen
des Landes zu genau schien. In der gestrigen öffentlichen Ver-
handlung im Landtage wurde neues nicht mehr vorgebracht. Ein
Teil der Abgeordneten war geneigt, die Regierungsvorlage be-
dingungslos anzunehmen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß
ein bedenklicher Zustand vorliege und der Minister erklärt habe,
daß die gestellten Bedingungen für die Regierung nicht annehm-
bar seien. Die Mehrheit aber stellte sich auf den Boden der
Ausdrucksanträge. Diese gingen darauf hinaus, daß 354.000
Mark bewilligt werden sollten, wenn 1. das Staatsministerium
das jetzige Ministerialgebäude zum Verkauf dem Lande freigebe
(man glaubt, dafür über 100.000 Mark zu bekommen) und der
Minister dafür eine Wohnungsentschädigung von 3000 Mark
einbringe; 2. die Rentkammer für die Aufgabe gewisser
Kaufrechte an einem ihr gehörenden Hause entsprechende
Entschädigungen gebe; 3. die Stadt Detmold sich mit 20.000
Mark als Kaufpreis für den Platz am Kassengebäude zufrieden
gebe. Nach der bestimmten Erklärung der Regierung, daß auf die
Annahme dieser Bedingungen nicht zu rechnen sei, kamen einige
Verwaltungsanträge, von denen derjenige angenommen wurde,
der die Bedingung unter 1. soweit ändert, als gegebenenfalls auch
der zugehörige Betrag der Mietentschädigung für den Neu-
bau eines Ministerialgebäudes dem Lande gewährt werden soll. Für
die bedingungslos gestellten Anträge der Kommission erklärte
sich auch Abg. Schumacher. Das Bedürfnis sei, so führte er aus,
anzuerkennen. Zudem werde jetzt der Bau in einer Zeit vorge-
nommen, wo es an Arbeit mangelt und wo deshalb alles getan
werden müsse, um die wirtschaftliche Lage wieder zu heben. Von
der Stadt Detmold habe er ein größeres Entgegenkommen er-
wartet, besonders mit Rücksicht auf die Vorteile, die die Stadt
Detmold vor den anderen Städten des Landes voraus habe. Der
Büchler, in welchem etwas besonders für die Arbeiter und
Handwerker zu tun sei, die Stadt nicht nachgelassen. Auch der
liberale Abg. Dr. Neumann-Spörer erklärte, von der Stadt
Detmold mehr erwartet zu haben, gegen die nun einmal im
Land eine Antipathie bestehe, an deren baltiger Beseitigung die
Stadt großes Interesse habe. Bei der Abstimmung wurden
dann die Anträge der Kommission mit dem erwünschten milderen
Zusatzanträge einstimmig genehmigt. Bevor diese Ange-
legenheit beraten wurde, war die zweite Abstimmung über den
Antrag des Abg. Dr. Neumann-Spörer, der den Landtag zu einer
Erklärung zugunsten der Einführung einer Reichsver-
mögungssteuer veranlassen sollte, erfolgt. Dabei wurde der
Antrag mit knapper Mehrheit angenommen. Es stimmten da-
für die Nationalliberalen, Freisinnigen und auch Schumacher,
gegen die Konservativen. In der Mittwochsitzung sollte ein
Liberaler, so daß der Antrag zuerst Stimmengleichheit erzielte.
Zu der Vorlage über eine Abänderung des Holz- und
Streuabfuhrungsgebiets war ein Abänderungsantrag
der Kommission eingegangen, wonach die Vorlage zugunsten der
Berechtigten in einem Punkte etwas anders gefaßt werden
sollte. Mit dieser Veränderung wurde die Vorlage angenommen.
Von den erledigten Petitionen ist erwähnenswert die Eingabe
wegen der Einführung einer Zeitungssteuer, die konser-
vativen Wünschen entnommen. Sie war einer Kommission über-
wiesen worden, aber diese Kommission hat den einfachsten Aus-
weg gewählt und dem Landtag vorgelegt, darüber zur Tages-
ordnung überzugehen. Der Referent der Kommission hob die
Autorität des Verengens hervor, ein anderer Redner wies
auf das bedenkliche der Sache hin, und der Landtag nahm darauf
den Kommissionsantrag einstimmig an. Definitiv angenommen
wurde noch die Vorlage über besondere Vergütungen an
Quartierwirte, die durch Einquartierungen extra zu
leiden haben. Zum Schluß der Sitzung empfahl ein konser-
vativer Abgeordneter die Bewilligung eines baren Zuschusses von
3000 Mark aus Landesmitteln an den Festauschuss, der eine
„nationale Feier“ entrichten will aus Anlaß der vor 1900 Jahren
gewesenen Römerschlacht. Dieser Rummel wird schon
jetzt mit aller Lust vorbereitet, die den patriotischen
Heißspornen zur Verfügung steht. Wie die Feierlichkeit an den
Saaten herbeigezogen wird — man denke 1000 Jahre! —, so
ist es auch kennzeichnend, daß dafür die Allgemeinheit Geld her-
geben soll. Wenn die Akteure der Sache ihren patriotischen
Ueberfluß nicht zügeln können, so ist das ihre Sache, natür-
lich, aber dann sollten sie doch so nobel sein und nicht das Geld
von Leuten beanspruchen, die sich davon nicht angezogen fühlen.
Der Zeitpunkt zu einer Verherrlichung des Cornstiers, der
anno 9 die römischen Soldaten zum Teufel jagte, scheint aber
ganz gut gewählt zu sein, denn heutzutage ereden wir gewisse
Analogien in kolonialen Unternehmungen. Wenn nach 1000
oder 2000 Jahren die Chinesen und Araber an eine höhere
Kulturstufe gelangt sein werden, dann wird es dort jedenfalls
auch Erinnerungsfeste geben zum würdigen Gedächtnis der
Zeit, da in grauer Vorzeit fremde Eindringlinge aus dem Lande
geworfen wurden. Konjuriert man das Detmolder Programm
gut, dann werden sich spätere Menschen die Mühe neuer Auf-
stellungen sparen können. Der Lippische Landtag nun hat sich
ganz zur freien Hingabe von 3000 Mark nicht verstehen können,
aber selbst „Rationalismus“ glaubte er doch glänzen lassen zu
müssen, daß er 3000 Mark für den Garantiefonds zeichnete, für
den aus sonstigen öffentlichen Mitteln 10- bis 20.000 Mark
schon gesammelt worden sind. Es bleibt jetzt nur zu hoffen übrig,
daß das Fest eine solche patriotische Eut verdampfen lassen
möge, daß die allgemeinen Gelder nicht verwendet zu werden
brauchen. Für diese „patriotische“ Gut werden die Haupt-
interessenten, die unglück zu erraten find bei der Tatsache, daß
es ein Fest aus seine materiellen Vorteile hat, schon sorgen.

* Minden, 26. März. Stadtverordneten-Sitzung
vom 25. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird von
einer Petition der Handelskammer des Bezirks Minden Kennt-
nis genommen. Stadt. Nachte macht auf die große Protest-
versammlung, die am Sonntag in Herford stattfand, aufmerk-
sam und fordert zu zahlreicher Beteiligung auf.
Zum 1. Punkt der Tagesordnung, Verwaltungsbericht, führt
erster Bürgermeister Dr. Johannsen aus: Im vorigen Jahr sei
ein ausführlicher Bericht über die allgemeinen Verhältnisse
der Stadt gegeben worden, er könne sich daher diesmal kürzer
fassen. Außergewöhnliches liege nicht vor. An größerer Bau-
ten seien vollendet: das Stadttheater, mit dessen Errichtung
nach den bisherigen Erfahrungen ein guter Geist gelang worden
sei, der Anbau der Schule 3, die Häuser Al. Dombhof 1 und 3
gehen ihrer Vollendung entgegen. An Straßenbauten resp.
Begebeuerungen sind die Bauten an der Dählerstraße und
Sandstraße ausgeführt worden. Zu erwähnen seien auch die
Terrassenbauten auf dem neuen Friedhof. Größere Bauten
ständen für dieses Jahr, abgesehen vom Kanal, nicht bevor. Die
ministerielle Entscheidung sei ja wohl nach den Zeitungsmel-
dungen bezüglich des Kanalbaues erfolgt, zugegangen sei sie der
Stadtverwaltung noch nicht. Diese müsse erst abgewartet werden
und bis dahin müßten sich die Kollegen weitere Entscheidungen
vorbehalten.
Der Referent erwähnt dann die wirtschaftliche Depression,
welche ja auch in Minden stagnierend gewirkt habe. Trophem
schliche aber unsere Rechnung vom verfloffenen Jahr mit er-
heblichen Beständen ab. Der Etat leide unter der Depression.
Von den Mindereinnahmen sei namentlich die Ver-
zinsung der Abgaben der Eisenbahnen von Bedeutung. Für
Straßenbauten seien 10.000 Mark weniger vorgezogen wie im
Vorjahre. Bedeutende Mehrausgaben brächte die Gehalts-
erhöhung der Lehrer und Beamten.
Die Volksschule koste allein 1909 45.000 Mark mehr als im
Jahre 1907. Das seien 16 Prozent der Gemeinde-Einkommen-
steuer oder 11 Prozent aller Gemeindesteuern. Die Gesamt-
schullast erfordere 67.000 Mark mehr, gleich 25 Prozent der
Gemeinde-Einkommensteuer, oder 17 Prozent aller Gemein-
desteuern. Das seien ganz enorme Lasten, welche den Gemein-
den aufgebürdet werden.
Trophem sei die Verwaltung in der glücklichen Lage, nur
eine ganz mäßige Steuererhöhung fordern zu müssen, die Zu-
schüsse zur Einkommensteuer sollen um 4 Prozent, die zur
Realsteuer um 14 Prozent erhöht werden.
Der Referent kommt dann noch einmal auf die steigenden
Schulden zurück und betont, daß auch hier Maß gehalten
werden müsse. Bei den Ausgaben für die Schulen seien auch
bestimmte Grenzen innezuhalten, über diese hinaus dürfe nicht
gegangen werden. Die Erfüllung der Wünsche der Mindere-
Lehrerschaft würde einen Mehraufwand von 50.000 Mark pro
Jahr nötig machen. Deshalb könne ihnen nicht stattgegeben
werden. Wenn der Staatszuschuß so bleibe, wie er jetzt ist,
14.000 Mark, und die Gehaltserhöhung wie vorgeschlagen fest-
gesetzt werde, dann könne den Lehrern eine Dröszulage nicht
gewährt werden. Das sei unmöglich. Die Gehaltserhöhungen
verursachen für 1908 35.000 Mark, für 1909 37.000 Mark Meh-
raufwand. Das Schuldenwesen erfordere 20.000 Mark Meh-
raufwand. Von einem großen Notstand, wie in den Industrie-
zentren, könne in Minden nicht geredet werden. Soffentlich
werde sich das Baugewerbe etwas beleben, dessen Lage ja über-
haupt der beste Stadtmesser für den Stand unseres wirtschaft-
lichen Lebens sei. Die Inangriffnahme einiger größerer Bau-
ten ließe in Aussicht, so des Löhnerchuldanbaues, ferner außer
dem Infanterie-Offizierskasino noch anderer Militärbauten.
Zu kommen noch der Bau der Ressource-Gesellschaft und
sonstige private Bauten. Die Zeit der Errichtung des Kanals
mit seinen Anlagen komme ja auch näher. Wenn auch die
größeren Baumerke noch nicht so bald in Angriff genommen
würden, würde aber doch mit den Erdarbeiten bald begonnen
werden. Die Gehaltserhöhung komme ja noch extra zur Ver-
handlung, lagen wolle er nur, daß diese sehr eingehend von den
Kommissionen beraten und dort einstimmig angenommen sei.
Er hoffe, daß das Kollegium der Magistratsvorlage zustimmen
werde.
Es folgt hierauf als zweiter Punkt der Bericht über die
Kammer-Abrechnung für das Jahr 1907. Nach dieser Ab-
rechnung hat sich ein harter Bestand von 56.831,56 Mark er-
geben. Die Wichtigkeit der Abrechnung wurde anerkannt. Auf
Antrag des Stadtr. Schütte teilte der erste Bürgermeister
mit, daß die Abrechnung vom Theaterbau recht bald erfolgen
werde. Die Abrechnung vom Krankenhaus-Neubau könne noch
nicht erledigt werden, weil noch Differenzen zwischen einer
Lieferungsfirma und der Stadt schweben. Schuld an dieser
Verzögerung trage das Bauamt B. H. H. H., welches die nötigen
Aufklärungen nicht gebe. Dem Kammerer wurde Entlastung
erteilt.
Zu Punkt 4, Mehrerfordernis für die Lehrergehälter, er-
klärte der Stadtverordnete v. Bories, daß die Kommission vor-
schlage, von einer Normierung für heute abzusehen und für 1908
mit rückwirkender Kraft bis 1. April 35.000 Mark, und für
1909 37.000 Mark in den Etat einzustellen. Die Gehaltserhöhung
sehe eine Erhöhung des Grundgehaltes vor, die für uns eine
Mehrausgabe von 100 Mark für jeden Lehrer bringen wird, für
jede Lehrerin von 200 Mark. Dazu kommen noch die Alters-
zulagen. Diese Belastung sei schon so wie so sehr stark und des-
halb könne an die Gewährung einer Dröszulage nicht gedacht
werden.
Nach einigen Ausführungen des Stadtverordneten Schütte,
der sich über das Verhalten der einzelnen Parteien im Ab-
geordnetenhaus um die Gunst der Beamten und über die Be-
sorgung der Städte und Industrieorte mit dieser Besoldungs-
regelung durch die agrarische Mehrheit des Abgeordnetenhauses
belegte, wird der Antrag der Kommission angenommen.
Zu Punkt 5, Abänderung der Besoldungsordnung für die Ge-
meinde-Beamten, führt derselbe Referent, v. Bories, aus: Die
jetzige Besoldungsordnung bestehe seit zehn Jahren und habe sich
bewährt. Die Kommission habe daher nach reiflicher Prüfung
beschlossen, vorzuschlagen, diese Ordnung an sich bestehen zu
lassen, aber die Gehälter in der Klasse 7 bis 3 um je 200, in
der Klasse 3 bis 2 um je 250 und in der Klasse 1 um 300 Mark
zu erhöhen, so daß die niedrigst Besoldeten die höchsten Zulagen
erhalten. Die Erhöhung soll vom 1. April 1908 ab in Kraft
treten. Ein Vorfluß von 100 Mark sei den Beamten ja schon
bewilligt worden.
Stadtverordneter Groth spricht für eine größere Gehalts-
erhöhung und zwar will er statt 250 und 350, 300 und 400 Mark,
und statt 200 300 Mark gesetzt haben. Uniere Beamtengehälter
müßten doch wenigstens annähernd auf dieselbe Höhe gebracht
werden, wie die der Beamten der Nachbarstädte.
Der erste Bürgermeister tritt ihm entgegen und ersucht, den
Wert auf Groths um die Beamtenquantität nicht mitzumachen.
Die Stadtverordneten Reir. v. Bories, Heimrod (Straßen-
bahndirektor) und Schütte wandten sich ganz energisch gegen
Groth.
Stadtverordneter d'Arcaon weist auf die Unterschiede
zwischen dem Gehalt der hiesigen Schulleute und dem der
königlichen Schulleute hin. Diese hätten 1800, erhiere nur
1400 Mark.
Stadtverordn. Groth erklärt, er wolle schon zur Zeit Vor-
schläge darüber machen, wie gepart werden könne. Hier werde
am unrechten Ende gepart.
Die Anträge der Kommission werden angenommen.
Zu Punkt 6 der Tagesordnung schlägt derselbe Referent vor,
daß den technischen Beamten dieselbe Aufbesserung zuteil
werden solle wie den übrigen, und daß bei der Kammerer eine dritte
Assistentenstelle geschaffen werden soll, in welche eine Gehilfen-
stelle umgewandelt werden soll. Die dem Vorschlag wird zuge-
stimmt.
Als Punkt 7 steht nun der Haushaltsplan auf der Tages-
ordnung, der entsprechend den Vorschlägen des Magistrats an-
genommen wird. Hierbei kommen allerlei kleine Schmerzen,
wie Wasserkrücken in der Wäckerstraße, der Schmutz auf den
beiden Brücken des Weierstromgebietes, zur Sprache. Es
wurde der Wunsch ausgedrückt, daß auch die Behörde an ihre
Pflichten in gehöriger Weise erinnert und ev. Strafmandate in
Aussicht gestellt werden. Die beiden Brücken gehören dem
Strombauamt, der in lässiger Weise Eis, Schnee und Schmutz
auf denselben hatte liegen lassen, und auch bei Glätte keine
Streuung ausführen ließ. Bei dem Feuerlöschwesen hörten
wir, daß die freiwilligen Feuerwehren gegen Unfälle ver-
sichert seien, aber die Angehörigen der Pflichtwehr nicht. Die
Pflichtwehrleute, namentlich die Angehörigen der Handwerker-
abteilung, welche die eigentlichen Arbeiten verrichten müssen und

